

Die Oberbadische

Mittwoch, 20. März 2019

Einheit gestalten, Vielfalt leben



Diskutierten über die EU-Politik (von links): Florian Schmid, Präsident der GFGZ, Alain Ziegler, Vorsitzender der JEF Freiburg, Moderatorin Indrani Das Schmid, Direktorin der GFGZ, Politologin Clarisse Kauber vom Euro-Institut und Manuel Frießecke, Direktor der Regio Basiliensis. Foto: Denis Bozbag Foto: *Die Oberbadische*

Die Bürger der EU werden im Mai ihre Kandidaten für das Europäische Parlament wählen. Um über die Abstimmung zu informieren, hat die Volkshochschule Rheinfelden zusammen mit der Gesellschaft zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit (GFGZ) zu einem Info-Abend mit anschließender Diskussionsrunde geladen.

Regio. Florian Schmid, Präsident der GFGZ, führte durch den ersten Teil der Veranstaltung: Der ausgebildete Berufsschullehrer begann den Abend mit einer Power-Point-Präsentation über das Wahlverfahren und über die verschiedenen Aufgaben der politischen Organe in der Europäischen Union.

Zustand Europas

Im zweiten Teil erörterte die Journalistin und Direktorin der GFGZ, Indrani Das Schmid, mit drei Verfechtern grenzüberschreitender Zusammenarbeit den aktuellen Zustand Europas und die Bedeutung der Wahl für die Region am Oberrhein.

Alain Ziegler, Vorsitzender der Jungen Europäischen Föderalisten (JEF) in Freiburg, äußerte sich dazu: „Ich bin sehr besorgt über die wieder salonfähigen Parolen der Rechtspopulisten.“ Es sei daher wichtig, den demokratischen Prozess auf europäischer Ebene nicht als selbstverständlich zu erachten und junge Menschen aufzufordern, für die Zukunft Europas wählen zu gehen. „Leider wird es immer schwieriger, junge Wähler zu erreichen. Durch die sozialen Medien leben viele in einer Informationsblase und kommunizieren nur noch mit Menschen, die ihre politischen Ansichten teilen“, beklagte Ziegler.

Die Politologin Clarisse Kauber vom Euro-Institut in Kehl zeigte sich ebenfalls besorgt über die anti-europäische Haltung einiger Bürger in Frankreich: „Viele fühlen sich von der Politik im Stich gelassen und bei den Reformen Macrons übergangen“, erklärte sie und fügte hinzu: „Erst viel zu spät nach den gewaltsamen Ausschreitungen durch die Gelbwesten hat man die Bürger gefragt, was ihnen wichtig ist.“ Sie befürchte zudem, dass die pro-europäischen Parteien in Frankreich derzeit den Blick zu sehr nach innen richten und dadurch die Chance für Allianzen mit anderen Parteien in Europa vergeben. Dagegen sind die Rechtspopulisten ihrer Meinung nach schon besser vernetzt.

Bedeutung für Grenzregion

Das Schmid fragte anschließend Manuel Friesecke, Direktor der Regio Basiliensis, nach der Bedeutung der Europa-Politik für die Grenzregion. Woraufhin dieser erwiderte: „Europa wächst an den Grenzen immer mehr zusammen und bleibt dabei kulturell verschieden.“ Deshalb solle die EU-Politik die Verwirklichung grenzübergreifender Projekte in der Bildung, dem Verkehr und der Wirtschaft vorantreiben. „Die EU muss politisch Einheit gestalten und kulturell Vielfalt leben“, fasste er zusammen.

Aus der Zuhörerschaft kam die Sorge, dass die Bürger zu wenig darüber Bescheid wissen, was auf europäischer Ebene beschlossen wird, und dass es den europäischen Institutionen an Transparenz fehlt. Außerdem berichteten zwei Grenzgänger, dass trotz der Nähe zueinander Vorurteile gegenüber den Landesnachbarn fortbestehen. Auch Kauber, die in einem bi-nationalen Team die Durchführung grenzüberschreitender Projekte betreut, gestand: „Es bleibt eine Herausforderung, von seinen nationalen Sichtweisen abzurücken, wenn ein transnationaler Blickwinkel benötigt wird, um Vorhaben auf zwischenstaatlicher Ebene realisieren zu können.“